



„Für eine bessere ökonomische Bildung – Gedanken und Vorschläge zu zeitgemäßen Bildungsstandards“

Frau Prof. Dr. Birgit Weber, Professorin für Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Ökonomische Bildung an der Universität Köln konnte im Rahmen der Tutzingener Tagung für diesen Vortrag gewonnen werden. In ihrem Vortrag setzte sie sich mit drei Themenbereichen auseinander.

Themenbereich 1:

Gegenwart ökonomischer Bildung

Frau Prof. Weber stellte zum Beginn ihres Vortrages fest, dass die nunmehr 13 Jahre alte Forderung „ökonomischer Bildung als Allgemeinbildung für alle Schüler – auch am Gymnasium“ bundesweit nicht umfassend eingelöst wurde. Betrachtet man die Lehrpläne der Bundesländer in den verschiedenen Schularten, so lässt sich feststellen, dass vielfach ökonomische Inhalte auf verschiedene Schulfächer fragmentiert sind und häufig auf lediglich eine zehnstündige Unterrichtseinheit in der Mittelstufe und eine Halbjahreseinheit in der Oberstufe beschränkt bleiben.

Dabei sollen sich die Schülerinnen und Schüler oftmals kritisch mit ökonomischen Inhalten befassen, ohne jedoch dafür

grundlegende Inhalte gelernt zu haben. So wird beispielsweise in den Lehrplänen verschiedener Fächer gefordert, dass die Schülerinnen und Schüler lernen sollen, wie man die Marktwirtschaft sozial gestaltet, ohne jedoch das Wesen der Marktwirtschaft selbst gelernt zu haben.

In den unterschiedlichen Bundesländern gibt es viele Varianten, wie ökonomische Inhalte in den verschiedensten Fächern unterrichtet werden soll. Die Fächer heißen dann „Arbeit-, Wirtschaft & Technik“, „Erdkunde, Wirtschaft & Gemeinschaftskunde“, „Wirtschafts- und Sozialkunde“, „Sozialkunde“, „Politik“, „Gemeinschaftskunde“, „Politik & Wirtschaft“ oder „Wirtschaft & Recht“. Oftmals verbergen sich hinter den Namen jedoch Täuschungen – nur der Name deutet auf eine ökonomische Bildung hin, in den Lerninhalten finden sich dann oft wenige Ansätze zu ökonomischer Bildung.

Selbst in Bayern gibt es kein Fach Ökonomie, es handelt sich dabei um ein Doppelfach, ähnlich wie in Thüringen. Dennoch gehören die beiden Länder neben Niedersachsen zu denen, die ökonomische Bildung relativ stark in ihren Lehrplänen ver-

ankert haben. Bei näherer Betrachtung der Fächer wird deutlich, dass beispielsweise an den Haupt- und Mittelschulen im Fach Arbeitslehre die Mikroökonomik dominiert, in Sozialkunde und im Fach Wirtschaft und Recht aber deutlich zu kurz kommen. Dagegen fehlt im Fach Arbeitslehre Wirtschaftspolitik vollständig. Man lehrt den Schülerinnen und Schülern „dass sie flexibel sein müssen“, aber der ordnungspolitische Rahmen wird nicht erklärt.

Kritisch setzte sich Frau Prof. Weber auch mit der Ausrichtung der Fachinhalte in den verschiedenen Stufen auseinander. In der Primarstufe finden sich Ansätze ökonomischer Bildung selten. Wenn überhaupt findet höchstens ein „kritisches Basteln“ statt. In der Mittelstufe zeigt sich hingegen, dass die Inhalte entweder diffus problemorientiert verankert sind, oder lediglich institutionenkundlich behandelt werden. In der Oberstufe ergibt sich das Problem, dass die Schülerinnen und Schüler Ökonomie lediglich im Rahmen von Wahlpflichtkursen aus einem gesellschaftlichen Fächerbereich auswählen können, zu dem beispielsweise auch die Fächer Sozial-

kunde, Geographie oder sogar Religion zählen. Damit ist ökonomische Bildung in der Oberstufe keinesfalls gesichert, sondern eher zufällig vorhanden.

Themenbereich 2: Ökonomische Bildung zwischen wissenschaftlichem Luxus und existenzieller Notwendigkeit

In letzter Zeit haben sich viele Institute für eine Stärkung der Ökonomischen Bildung stark gemacht. Viele Kritiker eines Ökonomieunterrichts beziehen sich auf das Humboldt'sche Bildungsideal und fürchten eine Indoktrination im Unterricht. Dies ist wohl nicht ganz von der Hand zu weisen. So fordert das Deutsche Aktieninstitut, „Aktienakzeptanz zu fördern“, das Projekt Junior will „unternehmerisches Denken und Handeln fördern“, Unternehmerverbände – z. B. in NRW – fordern, dass Schüler Wirtschaftsordnungen besser verstehen sollten, um weniger Markt- und mehr Staatspessimismus zu unterstützen. Von anderer Seite wird gefordert, dass ökonomische Bildung einen Beitrag zur Krisenbekämpfung leisten könnte, wenn Schülerinnen und Schüler beispielsweise die Ursachen der Finanzkrise erkennen könnten.

Recht eindeutig äußerte sich Frau Prof. Weber auch gegen eine Ausrichtung des Ökonomieunterrichtes an den Wirtschaftswissenschaften. Es gebe von wissenschaftlicher Seite nur wenige sichere Annahmen, was den Wohlstand oder die Preisbildung auf Wettbewerbsmärkten anbelangt, die Wirtschaftswissenschaften besitzen nur wenig sicheres Wissen über ökonomische Grundkonzepte. Es sei sehr fraglich, ob durch ein „mehr Wissen“ bessere Entscheidungen oder ein verantwortliches Verhalten bei den Schülerinnen und Schülern erzielt werden könne.

Ökonomieunterricht liegt im Spannungsfeld, Schülerinnen und Schüler für ihre persönlichen Lebenssituationen zu qualifizieren (Konsum, Berufswahl, Erwerbstätigkeit usw.) oder ob er ökonomische Kategorien und Schemata vermitteln soll, damit Schülerinnen und Schüler ein Verständnis von Knappheit, Kosten-Nutzen-Relationen, der Koordination durch Märkte usw. erhalten.

Themenbereich 3: Kriterien für eine bessere ökonomische Bildung: Ein Baukasten für die ökonomische Bildung

In ihrem abschließenden Themenbereich stellte Frau Prof. Weber dann die Notwendigkeit ökonomischer Bildung dar. Alle Schülerinnen und Schüler benötigen eine Ökonomische Grundbildung, um in öko-

nomisch geprägten Lebenssituationen Orientierung, Entscheidungs- und Handlungskompetenz, sowie Urteilskompetenz zu besitzen.

Abb. 1 zeigt, wie Lerninhalte auf Verwendbarkeit für eine ökonomische Bildung hin überprüft werden können. Inhalte des Unterrichts müssen demnach Entscheidungsfeldern (Konsum, Berufswahl, Arbeit, Politik) zugeordnet werden können. Es müssen aus Beziehungen Herausforderungen erwachsen (z. B. Informationsasymmetrien, externe Effekte usw.), die nach einer Analyse bewertet und von Koordinationsystemen (z. B. Haushalten, Unternehmen, Markt, Verbänden, Staat) gelöst werden.

Inhaltliche Mindestanforderungen „ökonomischer Grundbildung“ umfassen dem-



Frau Prof. Dr. Birgit Weber

nach eine Konsum- und finanzorientiert Grundbildung, eine Arbeits- und berufsorientierte Grundbildung sowie eine politisch-ökonomische und wirtschaftsethische Bildung.

Zusammenfassung:
Manuel Friedrich

Baukasten ökonomischer Grundbildung Maßstab zur Minderung von Vernachlässigungen/ Überbetonungen		
Entscheidungsfelder: - Konsum (in Gegenwart und Zukunft) - Berufswahl - Arbeit/Produktion - Wirtschaftspolitik	Beziehungen -Arbeitsteilung -Wirtschaftskreislauf -Verträge -Internationale Beziehungen	Herausforderungen Informationsasymmetrien externe Effekte Interdependenzen Dilemma Zielkonflikte Risiken Ungleichgewichte / Krisen
Koordinationsysteme - Haushalte - Unternehmen - Markt (incl. Wettbewerb u. Preisbildung) - Verbände - Staat (incl. Rechtssicherheit Vertragsfreiheit)	Analyseschemata (u. Grenzen) -Effizienz -Kosten-Nutzenkalkulation -Anreiz-Restriktionsanalyse -Modelle (Homo oeconomicus, Gleichgewicht)	Werte -Wohlstand -Freiheit -Nachhaltigkeit -Gerechtigkeit -Humanität